

Stellungnahme des Einzelsachverständigen
Prof. Dr. Michael Müller

<p>Deutscher Bundestag Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft Ausschussdrucksache 19(10)280-C ÖA "Wald" am 11. Nov. 2019 4. November 2019</p>

für die 41. Sitzung
des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft

öffentliche Anhörung zu:

- Antrag der Fraktion der CDU/CSU und SPD

Unser Wald braucht Hilfe -
Waldumbau vorantreiben
BT-Drucksache 19/11093

- Antrag der Fraktion der FDP

Wälder erhalten durch effektiven Waldschutz
BT-Drucksache 19/9925

- Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Naturgemäße Waldbewirtschaftung
im Interesse des Waldes und der Forstleute
BT-Drucksache 19/11104

- Antrag der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktionsplan für einen gesunden und artenreichen Wald
BT-Drucksache 19/13072

am Montag, den 11. November 2019,

12:30 Uhr bis ca. 14:30 Uhr

Paul-Löbe-Haus

Konrad-Adenauer-Straße 1 , 10557 Berlin,
Saal PLH 4.900



Technische Universität Dresden, PF 1117, 01735 Tharandt

Deutscher Bundestag

Zur Vorlage

Anhörung am 11. November 2019

Prof. Dr.

Michael Müller

Professur für Waldschutz

Bearbeiter:

Telefon: 035203-38-31280

Telefax: 035203-38-31397

E-Mail: michael.mueller@tu-dresden.de

AZ:

Tharandt, 04.11.2019

Vorbereitende Stellungnahme

Sehr geehrte Abgeordnete,

ich bedanke mich für die Gelegenheit, zu den Themen dieser Anhörung als Vertreter der Waldwissenschaften, insbesondere des Waldschutzes Stellung nehmen zu dürfen.

Aktuelle Situation – ohne Gleichnis

In allen Antragsvorlagen gibt es Ausführungen zur Waldschadenssituation, die die Dramatik, das Versagen bisheriger Regelungen und die Notwendigkeiten zur Bewältigung der Situationen aber nur zum Teil treffend abbilden.

Postadresse (Briefe)
TU Dresden
PF 1117, 01735 Tharandt
Postadresse (Pakete u.ä.)
TU Dresden
Piener Str. 8
01737 Tharandt

Besucheradresse
Sekretariat:
Piener Str. 8
Zi. 37

Steuernummer
(Inland)
203/149/02549
Umsatzsteuer-Id-Nr.
(Ausland)
DE 188 369 991

Bankverbindung
Commerzbank AG,
Filiale Dresden
IBAN
DE52 8504 0000 0800 4004 00
BIC COBADEFF850

Internet
<http://www.forst.tu-dresden.de>

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Mitglied von:



**DRESDEN
concept**
Exzellenz aus
Wissenschaft
und Kultur

Für viele Menschen sind die geschädigten Bäume und Wälder täglich zu sehen, andere haben davon bisher kaum oder nur über die Medien Notiz genommen. Tatsache ist, dass die aktuelle Waldschadenssituation und die anstehenden Waldveränderungen die Schwerwiegendsten in der Zeit der geregelten Waldbewirtschaftung, d. h. seit mehr als 200 Jahren sind bzw. sein werden. Die Waldschadenssituation ist gleichzeitig eine bisher ungekannte Vernichtung von Vermögenswerten der etwa zwei Millionen Waldbesitzer/innen in Deutschland. Das über Jahrzehnte im Rahmen der gewünschten und gesetzeskonformen nachhaltigen Waldbewirtschaftung produzierte Holz ist nicht mehr oder nur mit geringem Gewinn vermarktbar und damit sind die betroffenen Waldbesitzer/innen nicht in adäquater Weise in der Lage, daraus die produktive Wiederbewaldung und die anderen von der Gesellschaft geforderten Waldleistungen zu erbringen. Die bisher nicht direkt geschädigten Waldbesitzer/innen sind ebenso betroffen, weil der Frischholzeinschlag zur Entlastung des Marktes möglichst unterbleiben soll und auch diese Produkte aufgrund der Marktlage einem Preisverfall unterliegen. Die Nutzung bisher ungeschädigter Wälder muss aber u. a. gerade für das Risikomanagement und den Waldumbau möglichst kontinuierlich weitergehen. Die Holzvorräte, Baumalter und Zielbaumdimensionen in den Wirtschaftswäldern sollten nicht noch weiter steigen, sondern eher etwas gesenkt werden, denn diese zurzeit historisch höchsten Werte in deutsche Wälder führen zu weiterer Gefährdung und sogar Minderung der CO₂-Bindung. Den meisten Mitbürgern/innen sind solche ökosystemaren und ökonomischen Zusammenhänge jedoch verständlicherweise völlig fremd und führen mitunter zu Forderungen, die nicht nur marktfremd und ökonomisch risikoreich, sondern auch naturfremd sowie auf den konkreten Waldstandorten grundsätzlich nicht oder in der aktuellen Waldentwicklungsphase nicht bzw. nur mit hohen Verlusten sowie entgegen der naturnahen Waldentwicklung umzusetzen wären.

Plantage- und Kahlschlagswirtschaft – schon seit mehr als 30 Jahren nicht mehr

Oft wird mitunter dogmatisch und die Entwicklung der letzten 40 Jahre ignorierend die Abkehr von Plantagen- und Kahlschlagswirtschaft gefordert. Tatsache ist, dass es seit mehr als 30 Jahren in Deutschland die unterstellte Plantagen- und Kahlschlagswirtschaft nicht mehr gibt, sondern vielmehr der von den Waldwissenschaftlern empfohlene, von Waldbehörden geforderte und geförderte sowie von den Waldbesitzern/innen durchgeführte Waldumbau auf der Grundlage von Waldumbauprogrammen nicht nur existiert, sondern größtenteils deutlich sichtbar in den Wäldern vollzogen wurde und wird. Allein im Staatswald Sachsens haben beispielsweise infolge des Waldumbaus seit den 1990er Jahren inzwischen 40 % der Wälder (80.000 ha von ca. 200.000 ha Staatswald) zumindest eine zweite Waldschicht, d. h. die folgende Waldgeneration ist durch Waldumbau bereits vorhanden und puffert die anliegenden Risiken. In anderen Ländern Deutschlands sieht es ähnlich aus. Die Bundesregierung möge das bei allen Befassungen mit der aktuellen Lage als hohe Leistung, die weitsichtig aber in den letzten 3 Jahrzehnte teilweise sogar entgegen politischer und verbändeorientierter Strömungen vollbracht wurde, anerkennen.

Waldwandel und Waldumbau

Um die heutigen Waldbedingungen und die Folgen der außergewöhnlichen und zumindest in dieser Intensität und Geschwindigkeit nicht erwarteten Waldschäden zu verstehen, müssen aufgrund der langen Waldentwicklungsprozesse historische Bedingungen und Entwicklungen herangezogen werden. Der Wiederbewaldung infolge unregelmäßig ausgebeuteter Wälder zu Beginn des 19. Jahrhunderts und damit der Geburtsstunde der geregelten Waldbewirtschaftung haben wir die heutigen über 100-jährigen

Wälder zu verdanken. Gleiche Würdigung gebührt der Wiederbewaldung der durch Kriegsgeldbeschaffung, Kriegszerstörungen, Insektenkalamitäten und Reparationshieben gebeutelten Wälder vor und nach dem 2. Weltkrieg. Unsere Eltern und Großelterngenerationen haben im Nachkriegsleid, bei Hunger und Überlebenskampf im Wiederaufbau in uneingeschränkt zu ehrender Weise an ihren aber vor allem unseren Holzbedarf gedacht und Bäume gepflanzt. Dies erfolgte im 19. Jahrhundert gleichsam wie in der Nachkriegszeit aus guten Gründen mit Gemeiner Kiefer im Tiefland und Gemeiner Fichte im Bergland. Unsere Wald-Klassiker mit klingenden Namen wie Cotta, Gayer, Möller und viele andere mehr wussten um das Erfordernis, diese Wälder in nächsten Generationen wieder in die naturnahen Mischwälder zu wandeln. Auch in den letzten Jahrzehnten waren sich Waldwissenschaftler und Waldbewirtschafter dessen im Klaren und gingen mitunter die notwendigen Wege, auch ohne die Unterstützung der Gesellschaft. Tatsache ist aber leider auch, dass zumindest seit den 1970er Jahren die Nachfrage nach Erholungs- und Naturschutzleistungen in Wäldern nicht nur zunahm, sondern derartig exzessive Ausmaße erreichte, dass man einkommenserzeugende Wertschätzungen für die Waldbesitzer/innen hätte erwarten können. Stattdessen wurde den Waldbesitzern/innen das Erschließen derartiger Einkommensquellen nicht etwa optioniert, sondern direkt verwehrt und es blieben als Einnahmequellen weiterhin lediglich das Holz, etwas Saatgut sowie mit sehr geringem finanziellem Anteil aber mit hoher emotionaler Bedeutung die Jagd. Den Waldbesitzern/innen in der heutigen Situation und trotz des ständigen kostenlosen Abforderns und Erbringens der vielfältigen Ökosystemdienstleistungen eine einseitige ökonomische Orientierung vorzuwerfen, zeugt nicht nur von Unkenntnis, sondern ist geradezu unanständig.

Der bisherige Waldumbau ist fortzusetzen. Zusätzlich müssen alle Optionen geprüft werden, durch Ausnutzung von angepassten Herkünften der heimischen Baumarten, nicht standortsheimischen Baumarten und auch fremdländischen

Baumarten Wälder zu gestalten, die sich an uns heute teilweise noch unbekannte Bedingungen anpassen können. Dazu gehören auch die so genannten neuen Waldökosysteme, also Systeme die es bisher in der natürlichen Entwicklung nicht gab, und die Erhaltung von Optionsvielfalt, also das Vorhalten eines Maßes an Wäldern insbesondere von Pionierbaumarten, die schnell auf Störungen reagieren können, durchaus auch entgegen der natürlichen Waldentwicklung.

In Bezug auf diese Baumartenherkünfte und Bauarten sowie Anpassungsfähigkeiten aber auch den damit ggf. neu zu beachtenden Risiken gibt es erheblichen Forschungsbedarf.

Waldbetretungsrecht – das liberalste aber auch das beste der Welt?

Das freie Waldbetretungsrecht in Deutschland zum Zwecke der Erholung ist ein hohes Gut und (leider) eine wenig gewürdigte, inzwischen aber offensichtlich sehr große Selbstverständlichkeit. Größte Teile der Bevölkerung sind sich nicht bewusst, dabei fremdes Eigentum zu benutzen, subsumieren unter Waldbetreten nicht nur das Spaziergehen, Pilze- und Beerensuchen (übrigens nur für den eigenen Bedarf und immerhin ist auch das die massenhafte Erlaubnis der kostenfreien Aneignung fremden Eigentums), sondern inzwischen den „Anspruch“ auf Reiten auf allen Wegen, vollflächig Mountainbiking, Geocaching, Orientierungsläufe und Vieles andere mehr, rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr. Schutzgebietsausweisungen führen zu wenig zur Würdigung aber fast ausnahmslos zur Verminderung der Waldvermögen bei den Waldbesitzern/innen. Die Waldbesitzer/innen sind heute für viele der genannten Waldkonsumenten zum Störfaktor geworden. Es sollte, trotz aller politischer Brisanz, im Rahmen dieses weltweit liberalsten Waldbetretungsrechtes nicht unerlaubt sein, darüber zu diskutieren, ob die Verhältnisse zwischen Waldbesitzern/innen und Waldkonsumenten wirklich

noch angemessen, sondern ggf. die Ursachen für viele Verwerfungen und deshalb veränderungswürdig sind.

Natürlich soll das Waldbetretungsrecht zum Zwecke der normalen Erholung als hohes Gut erhalten bleiben. Nutzungen wie das Pilze- und Beerensammeln, das Reiten, organisierte Sportveranstaltungen, organisierte und kostenpflichtige Bildungsveranstaltungen u. dgl. sollten ebenso wie Naturschutzleistungen grundsätzlich mit den Waldeigentümern/-besitzern vertraglich zu vereinbaren und in angemessener Weise zu vergüten sein. Außerdem sollte diskutiert werden, welche der Waldnutzungen (einschließlich Waldbewirtschaftungsmaßnahmen und Jagd) auch bei Nacht erlaubt sein sollen, um diese Phase insbesondere den nachtaktiven Organismen weitgehend zu überlassen. Bei dieser gesamten Diskussion sei zu beachten, dass schon in unseren europäischen Nachbarstaaten kein so liberales Waldbetretungsrecht wie in Deutschland besteht.

Schadensbewältigung und Fördermittel – schnell und wirksam

Die aktuellen Waldschäden sind so vielfältig wie die Wälder. Die Maßnahmen zu Bewältigung reichen deshalb von schnellstmöglicher Beräumung und Wiederbewaldung bis zum vollständigen Belassen der Situation und der Wiederbewaldung über Vorwälder. Gleichzeitig sollen die Soforthilfen und Fördermittel möglichst schnell und wirksam eingesetzt werden. Der beste Weg dafür ist die intensive Beratung, Betreuung und Begleitung durch waldwissenschaftlich ausgebildetes ingenieurtechnisches und akademisches Personal.

Zwei paradoxe Phänomene sollten aber auch Anlass sein, über die Neuausrichtung von Fördermittelvergaben und Steuerentlastungen nachzudenken. Die Hilfen gehen jetzt an diejenigen Waldbesitzer/innen mit den

Schäden und auch genau diese erhalten Steuerentlastungen und andere politische sowie mediale Unterstützung. Waldbesitzer/innen die bereits in den letzten Jahrzehnten Waldumbau betrieben haben, Naturverjüngungen und Mischwälder u. a. durch angepasste Jagd, oft sogar ohne irgendwelche staatliche Unterstützungsmittel in Anspruch zu nehmen, gestaltet und nun schadensfrei blieben, also im Sinne der einschlägigen Gesetze vorbildlich gehandelt haben, gehen leer aus, leiden aber ebenso unter der desolaten Holzmarktlage. Sie bekommen auch keine Steuererleichterungen, obwohl doch gerade sie nun die Ökosystemleistungen der Wälder im Gegensatz zu den geschädigten Wäldern weiterhin erbringen. Ist das logisch, förderlich und zukunftsfähig? Wir müssen endlich zu möglichst selbstregulierenden Steuerungs- und Fördersystemen kommen, die nicht maßnahme- sondern ergebnisorientiert sind, die die Waldbesitzer/innen mit vorbildlicher Gesetzeserfüllung und Ökosystemdienstleistungslieferung politisch und ökonomisch besserstellen als die vornehmliche Orientierung auf Holzproduktion.

Waldbrände – eigentlich kein größeres Problem

Bilder und Berichte suggerierten und suggerieren eine anwachsende Waldbrandproblematik. Tatsache ist das genaue Gegenteil. Waldbrände nehmen in zumindest normal bewirtschafteten Wäldern seit Jahrzehnten in Anzahl und Fläche ab. Obwohl die Zündfähigkeit der Substrate durchaus heute höher sein kann, führen Waldstrukturveränderungen, die hervorragende Waldbrandüberwachung sowie die schnelle und wirksame Brandbekämpfung zu diesem Ergebnis und das wird auch unter Beibehaltung und Qualifizierung der Waldbrandvorbeugungs- und Bekämpfungssysteme in den nächsten Jahrzehnten trotz Klimawandel so bleiben.

Bisher, trotz Warnungen seit mehr als 15 Jahren, nicht beachtete Probleme gibt es auf Flächen, die schwer oder nicht ohne Gefahr für die Bekämpfungskräfte zugänglich sind. Das sind Berglagen und Flächen mit Munitionsbelastung. Letztere sind heute oft so genannte „Wildnisgebiete“ auf früher militärisch genutzten Flächen. Auf diesen Flächen wurden einerseits die Waldbrandvorbeugungsmaßnahmen sträflich vernachlässigt, ist die direkte Brandbekämpfung an der Feuerfront durch Menschen nicht erlaubt, mitunter auch nicht gewünscht und die Wälder sind nunmehr ca. 30 Jahre alt und damit oft Vollfeuerbestände. Das sind alles Bedingungen, die es in normal bewirtschafteten Wäldern nicht mehr oder nicht mehr in diesen Ausmaßen gibt. Paradoxerweise widerspricht das Herangehen einem echten Wildnis Konzept. Da größere Waldbrände (> 1 ha) in Deutschland nur sehr selten Naturereignisse sind, damit in natürlichen Waldökosystemen keine Bedeutung haben und fast immer von Menschen verursacht werden, sind Waldbrände auf den so genannten „Wildnisflächen“ nicht in dessen Sinne, sondern ganz klar die Zerstörung der eigentlich angestrebten Wildnis für Jahrzehnte. Waldbrände setzen nicht nur Kohlendioxid frei, sondern mit Kohlenmonoxid, Methan und Wasserdampf noch viel wirksamere Treibhausgase, Unmassen an Feinstaub und mit Kohlenmonoxid, Furanen und Dioxinen sogar Gifte. Aus diesen Gründen sollten Waldbrände unter allen Bedingungen nicht nur so schnell und wirksam wie möglich bekämpft, sondern auch jegliches Feuermanagement auf Waldflächen (wie z. B. „Heidepflege“) ausnahmslos verboten werden. Für die Brandbekämpfung auf munitionsbelasteten Flächen werden Luftfahrzeuge so wie bisher unterstützend benötigt. Mit Luftfahrzeugen allein kann man aber Waldbrände nicht löschen. Entscheidend sind bodengestützte Verfahren, die erforderlichenfalls auch absetzbar sein können, ferngesteuert sind oder autonom funktionieren.

In Bezug auf heute angemessene Waldbrandvorbeugungsmaßnahmen sowie auf neue Waldbrandbekämpfungstechnologien gibt es erheblichen Forschungs- und Entwicklungsbedarf.

Wiederbewaldung – Sicherung der „Investition“

Für die Wiederbewaldungen gibt es bewährte waldbauliche Verfahren, die situationsbedingt auszuwählen sind. Dabei sollte die Reihenfolge der Prüfung und Auswahl lauten: Naturverjüngung vor Saat vor Pflanzung. Die Naturverjüngung und Saat sollte zumindest so stark gefördert werden wie die Pflanzung. Pflanzen aus Naturverjüngung und Saat haben unversehrte Wurzeln, die schnell tief in den Boden vordringen und so die beste Vorbeugung gegen Dürre darstellen. Für Pflanzungen bleiben dennoch erhebliche Flächenanteile, wenn aufgrund der Vorbestockung oder anderer Bedingungen Naturverjüngungen oder Saaten nicht zielführend sind.

Die Waldverjüngungen sind vor allem durch Rüsselkäfer, Mäuse und Wild gefährdet. Gegen diese potenziellen Schadfaktoren sind entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen zu ergreifen und Abwehrmaßnahmen vorzuhalten. Insbesondere die Abwehr von Schäden durch Mäusen ist zurzeit ein großes Problem, da es zwar zugelassene Rodentizide gibt, die Anwendungsbestimmungen (u. a. nicht in Vogelschutzgebieten, nicht bei Vorkommen von Haselmäusen) jedoch einem Anwendungsverbot gleichkommen. Derzeit kann man einem/r Waldbesitzer/in auf Flächen mit vorhandenen oder sich entwickelnden Mäusehabitaten (Vergrasung) die Wiederbewaldung mit Laubbäumen nicht empfehlen, weil diese nicht gegen Mäuse geschützt werden können bzw. sich Anwender/innen von Rodentiziden mit großer Wahrscheinlichkeit der Strafverfolgung aussetzen.

Es gibt erheblichen Bedarf an Forschungs- und Entwicklung, um die Risiken in den Waldumbauphasen möglichst ohne Pflanzenschutzmitteleinsätze zu mindern.

Das Wald-Wild-Problem – gibt es nicht, ist aber dennoch entscheidend

Es gibt nur Probleme von oder mit Menschen in Bezug auf Waldpflanzen und Wildtiere, darunter jagdbares Wild. So vielfältig wie die Waldbewirtschaftung und die aktuellen Waldschadenssituationen sind, so vielfältig müssen die Möglichkeiten sein, das jagdbare Wild entsprechend der Zielstellungen der Waldbesitzer/innen bzw. Waldeigentümer/innen als Inhaber/innen des Jagdrechtes zu steuern. Auf diese Vielfalt kann man nicht mit einem einheitlichen Jagdregime reagieren. Es bedarf einer Vielfalt von Jagdregimen. Der beste Weg, um das zu gewährleisten, ist es, die Rahmenbedingungen für die Jagdausübung von Seiten des Gesetzgebers so weit wie möglich zu fassen, d. h. soweit es der Stand der Wissenschaft ausweist und es unsere menschliche Ethik erlaubt. In Sachsen schon seit 2012 und in Brandenburg seit 2019 sind solche Rahmenbedingungen geschaffen worden, in denen sich alle Jagdrechtsinhaber/innen und Jagdausübungsberechtigte mit ihren individuellen Zielen einordnen können und die Regulation der Wildbestände eigenständig bestimmen können.

Wild ist dabei nicht nur der bedeutsamste potenzielle biotische Schadfaktor in Wäldern (d. h. potenziell bedeutsamer als alle Borkenkäferarten, Mäuse, Blätter- und Nadeln fressenden Insekten zusammen), sondern hat die Besonderheit, dass Menschen auf das jagdbare Wild, im Gegensatz zu allen anderen potenziellen Schadfaktoren in Wäldern, eigenständige Bewirtschaftungs- und Nutzungsziele abbilden. Daraus resultiert die so unterschiedliche Abwägung des Verhältnisses zwischen Waldpflanzen und Wildtieren und ein Großteil der oft überzogen emotionalen Diskussion auf diesem Gebiet. Tatsache ist, dass es ohne Habitat angepasste Wildbestände kaum eine Chance für die Initiale und die langfristigen Erfolge des Waldumbaus gibt. Künstliche Habitatverbesserungen also vor allem hinsichtlich Nahrung und Deckung oder auch Ruhezone werden oft als Erfordernisse gesehen.

Tatsache ist, dass niemand daran gehindert war oder ist so etwas einzurichten. Diese künstlichen Komponenten haben aber vor allem Bedeutung außerhalb des Waldes und sie können die flächendeckende Verbesserung der Nahrung und Deckung bei Habitat angepassten Wildbeständen in Wäldern nicht annähernd erreichen oder gar ersetzen.

Abwehrmaßnahmen vor allem in Form des Zaunbaus gegen wiederkäuendes Schalenwild sind oft Zeichen von Unkenntnis, Unfähigkeit und/oder Unwillen, die Wildbestände zu regulieren. Zaunbau bedeutet Waldbau ohne Wild, denn das Wild wird ja vollständig ausgesperrt. Wer zäunt muss erst recht mehr Wild erlegen, denn man verwehrt ja dem Wild den Zugang zu den besten Wildlebensräumen. Wer 5 % der Waldfläche zäunt, entzieht dem Wild bis zu 30 % der Wildlebensräume. Bei Habitat angepassten Wildbeständen entwickeln sich dagegen die Habitate weiter, was mit Ausnahme der Entwicklung hin zu Rot-Buchen-Forsten mit einer deutlichen Verbesserung der Wildlebensräume auf ganzer Fläche einhergeht.

Risikominderung und Gefahrenabwehr auf naturnahe Weise – möglich aber nicht einfach

Der Waldumbau soll zu mehr Struktureichtum, damit zu Risikoverteilung und natürlicher Regulation potenzieller biotischer Schadfaktoren führen. Wesentliche Komponenten dafür sind die Baumartenvielfalt, die Änderung des Waldinnenklimas oder auch der Streuzersetzung und Nebenwirts-/Nebenbeuterefugien für potenzielle Antagonisten der Schädlinge. All das ist prinzipiell möglich, erfordert aber neben der laufenden Forschung weitere umfangreiche Forschung und Entwicklung sowie ständige vorbeugende Umsetzung in Wäldern, ohne dass daraus ein unmittelbarer monetärer Nutzen für die Waldbesitzer/innen erwächst. Zudem sind derartige Ansätze in allen

Fällen nicht so zuverlässig und wesentlich teurer als z. B. alle 10 Jahre einen Pflanzenschutzmitteleinsatz zu bezahlen.

Außerdem muss festgehalten werden, dass auch mit dem Waldumbau nicht alle Gefahren beseitigt werden können. Die Natur ist uns Menschen nicht in besonderer Weise zugetan, regelt nicht im Sinne von uns Menschen. Wir schaffen mit dem Waldumbau neue Lebensräume für andere, daran angepasste Organismen, die ihrerseits auch Schadfaktoren sein können. Wir gehen davon aus, dass aber in solchen Systemen besser mit Hilfe naturnaher Prozesse steuern zu können. Zurzeit können wir die erste Phase derartiger Prozesse sehr eindrucksvoll bei den Blätter fressenden Insekten an Eichen beobachten. Zunehmende Vorkommen von Eichenprozessionsspinner, Goldafer, Eichenwickler, Frostspanner, Pyramideneulen u. v. a. Arten mehr sind nicht etwa Folgen des Klimawandels, sondern von uns selbst ausgelöst, durch die zunehmende Berücksichtigung und Wiedereinführung der natürlich vorkommenden Eichenarten. Die Eichen haben noch viel mehr Blätter fressende Insekten als alle einheimischen Nadelbaumarten zusammen an Nadelfressern haben. Deshalb bedarf es auch der Forschungs- und Entwicklung zur Steuerung der dann auftretenden potenziellen Schadfaktoren.

Pflanzenschutzmittel – wirkliche Zulassungen in breiter Palette erforderlich

In den Wäldern Deutschland werden fast keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Selbst die oft spektakulär in Szene gesetzten Luftfahrzeugapplikationen von Insektiziden haben hinsichtlich der Umweltbelastungen in Deutschland keinerlei Bedeutung. Auch das so genannte Insektensterben kann in keiner Weise mit Pflanzenschutzmittelanwendungen in Wäldern in Verbindung gebracht werden. Die Veränderungen von Insektenvorkommen in Wäldern haben vor allem mit den Waldveränderungen zu tun. Dabei ist zu beachten, dass die zunehmende

Hinwendung zu naturnäheren Wäldern oft systembedingt mit dem Rückgang vieler Arten einhergeht und in diesem Sinne völlig natürlich ist. Sehr unterschiedlich bewirtschaftete Wälder bringen mit Ausnahme von Totholzvorkommen eine größere Habitatvielfalt und damit höhere Insektenvielfalt hervor als die natürlichen Wälder. In Deutschland werden zurzeit weniger als 0,15 % der Waldfläche im Jahresdurchschnitt mit Insektiziden behandelt. Zumeist sind sogar die Nebenwirkungen der Nichtapplikation auf Nichtzielorganismen und die gesamten Waldökosysteme schwerwiegender als es die Nebenwirkungen der Applikation hätten sein können. Diese vorbildlich zurückhaltende Vorgehensweise der Waldbesitzer/innen hat aber auch andere negative Folgen u. a. in Form von Minderungen des Waldvermögens und der CO₂-Bindung infolge hingemommener Zuwachsverluste und das Desinteresse der Pflanzenschutzmittelindustrie. Deshalb gibt es fast nur noch suboptimale Pflanzenschutzmittel und Ausnahmeregelungen, d. h. damit suboptimale oft sogar mit stärkeren Nebenwirkungen als unvermeidbar verbundene Anwendungen. Um möglichst wenig Pflanzenschutzmittel in Wäldern anzuwenden, bedarf es einer ausreichenden Palette gut untersuchter und in der Folge ordnungsgemäß zugelassener Mittel sowie rechtsicher anwendbarer Verfahrensweisen. Das mag zunächst ungewöhnlich erscheinen. Man kann aber von Waldbesitzern/innen die Zuwendung zu naturnahen aber nicht immer sicheren Verfahren nur erwarten, wenn man die Mittel in der Hand hat, bei Versagen der naturnahen Verfahren dennoch handlungsfähig zu bleiben. Im gegenteiligen Fall würden die Waldbesitzer/innen verständlicherweise wesentlich früher, umfassender mit andern und mit mehr Pflanzenschutzmitteln handeln. Außerdem gibt es Situationen in denen alternativlos die Entscheidung zwischen Schadensabwehr mit Pflanzenschutzmitteln und Hinnahme der Schäden einschließlich Schäden an Menschen zu treffen ist.

Diese Pflanzenschutzmittelvorsorge sollte eine staatliche Aufgabe sein, die sich zudem auf wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklung stützt. Die Industrie

wird das nicht gewährleisten, weil dieser Bereich der Pflanzenschutzmittel in Wäldern für die Industrie wirtschaftlich vollkommen uninteressant oder sogar defizitär ist.

Forschung- und Entwicklung – bitte mit mehr Mut und Vorlauf

Über die in den vorangegangenen Abschnitten bereits genannten Erfordernisse hinaus gibt es natürlich vielfältige Herausforderungen für die Forschung und Entwicklung. An dieser Stelle soll aber nicht auf weitere Forschungsthemen, sondern auf die Rahmenbedingungen an Universitäten eingegangen werden. Forschung und Entwicklung an Universitäten erfolgt heute fast ausschließlich auf Basis eingeworbener Drittmittel, d. h. es gibt keine Forschung, die frei aus Haushaltsmitteln erfolgt. Damit ist insbesondere die Vorlaufforschung nicht mehr frei und oft schwer zu begründen, zumal die Ablehnungsraten bei Drittmittelanträgen ohnehin bei über 50 % liegen. Vor über 10 Jahren hatte z. B. der Autor dieser Stellungnahme ein Projekt zur Waldbrandforschung unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels beantragt – abgelehnt – Begründung: Es brennt nicht genug in Deutschland, um die Finanzierung zu rechtfertigen. Vor zwei Jahren dann folgte z. B. ein Projekt zu Forstschädlichen Mäusen – abgelehnt – Begründung: Mäuse sind im Wald angesichts der gemeldeten Schadflächen kein Problem und auch der Rodentizidverbrauch zeigt kein größeres Problem an (wohl gemerkt, es ist ja eigentlich gar nicht mehr gestattet, Rodentizide einzusetzen). Es wird also weniger nach der Intuition der Wissenschaftler und der zukünftigen Erfordernisse geforscht, sondern da, wo es akut Anlässe gibt und politischer Handlungsbedarf besteht. Das bedeutet systembedingt, dass die angestrebten Lösungen oft nicht rechtzeitig vorliegen können.

Ein weiterer Punkt wäre der Wissenstransfer in die Praxis. Leider sind die wissenschaftlichen Journale kaum noch in deutscher Sprache verfasst und

auch die Zeitschriften mit praxisrelevanten Veröffentlichungen für viele der Waldbewirtschafter/innen und Waldbesitzer/innen kaum verfügbar. Der Wissenstransfer könnte deshalb z. B. über eine Expertenplattform oder ein Open Access Journal für die Waldbewirtschaftung bereichert werden.

Es sind also hinreichende Kapazitäten für unabhängige Vorlaufforschung und Verbreitung der Forschungsergebnisse auch im angewandten Bereich erforderlich. Das bedeutet vor allem haushaltsfinanziertes oder institutionell gefördertes und zumindest optional unbefristet angestelltes Personal im wissenschaftlichen Mittelbau für die so durchzuführende Forschung aber auch für das Ausarbeiten von Forschungsanträgen zur Drittmittelinwerbung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Original gezeichnet

Michael Müller